

FEBRUAR 2022

Kauroff

Tempo 30-Modellprojekt sowie
ÖPVN-Förderfelder für den Wahlkreis

Feuerwehren leisten riesigen
Beitrag zum Gemeinwohl

Verlängerung der
Kurzarbeit-Regelung





Rüdiger Kauroff

Ich bin seit 2017 der direkt gewählte Landtagsabgeordnete für die Stadt Garbsen und die Gemeinde Wedemark. Damit verrete ich unmittelbar die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Niedersächsischen Landtag.

Ich bin 2005 der SPD beigetreten. 2008 wurde ich Vorsitzender des Ortsvereins Garbsen und gehöre seit 2006 dem Rat der Stadt Garbsen an. Ferner bin ich seit 2011 stellvertretender Bürgermeister der Kommune.

Im Niedersächsischen Landtag bin ich Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, dem Petitionsausschuss sowie dem Ausschuss für Inneres und Sport.

Ich darf zudem Sprecher für Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz der SPD-Fraktion sein und habe die Funktion des Sprechers für Handwerk und Mittelstand inne.

Zudem bin ich Sprecher meiner Fraktion für die Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ im Niedersächsischen Landtag.

Rüdiger Kauroff

Landtagsabgeordneter für
Garbsen und die Wedemark



VORWORT

Dieses Vorwort war vor kurzer Zeit noch anders geplant: Doch der brutale Angriffskrieg, der von Putin forciert wird, überschattet alles. In der vergangenen Woche hat der russische Präsident Wladimir Putin den Krieg gegen die Ukraine befohlen. Aus dem ganzen Land erreichen uns Nachrichten von Explosionen und Raketeneinschlägen.

Es ist ein tiefschwarzer Februar für uns alle. Unsere schlimmsten Befürchtungen sind wahr geworden. Der Krieg in Europa ist zurück. Russland muss diesen Angriffskrieg sofort stoppen und das unermessliche Leid der Menschen in der Ukraine beenden. Der durch nichts zu rechtfertigende Angriff Putins geht gegen unsere Werte von Freiheit und Demokratie. Meine volle Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine. Wir stehen in diesen grausamen Stunden fest an ihrer Seite! Die EU und NATO müssen nun schnellstmöglich scharfe Sanktionen gegen Russland beschließen.

Zugleich müssen wir aber weiter und immer wieder die Hand für Gespräche ausstrecken.

Denn jeder Krieg kennt nur Verlierer. Kanzler Scholz sprach von einer „Zeitenwende“. Im Kern gehe es darum, ob Macht das Recht brechen dürfe, ob wir Putin gestatten, die Uhren zurückzudrehen in die Zeiten der Großmächte des 19. Jahrhunderts oder ob wir die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen. Wir müssen die Ukraine in dieser verzweifelten Lage unterstützen. In Kiew, Charkiw, Odessa und Mariupol verteidigen die Menschen nicht nur ihre Heimat. Sie kämpfen für Freiheit und ihre Demokratie, für Werte, die wir mit ihnen teilen. Als Europäerinnen und Europäer stehen wir mit ihnen auf der richtigen Seite der Geschichte.

Rüdiger Kauroff

Landtagsabgeordneter für
Garbsen und die Wedemark



Feuerwehren und Rettungsdienste leisten riesigen Beitrag zum Gemeinwohl

Er ist rund um die Uhr erreichbar, wenn man dringend Hilfe braucht: Der Notruf 112 hat in Niedersachsen und ganz Europa schon unzählige Leben gerettet. Seit dem 11.2.1991 erreicht man Feuerwehr und Rettungsdienste europaweit unter dieser einheitlichen Nummer. Dies ist aber immer noch viel zu wenig bekannt – nur etwa jede:r fünfte Bundesbürger:in weiß, dass der Notdienst von Stockholm bis Sevilla unter derselben Nummer erreichbar ist. Die EU hat daher den 11. Februar jeden Jahres zum Europäischen Tag des Notrufs 112 erklärt.

Ich sehe in der Euronotrufnummer eine große Errungenschaft der Europäischen Integration: Sie erhöht die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger in der gesamten EU. So müssen sich Urlauber:innen, Studierende, Dienstreisende oder im Ausland Lebende nur eine Nummer merken, falls ihnen mal etwas passieren sollte.

Die Rettungskräfte und Feuerwehrleute sind im wahrsten Sinne Alltags-Held:innen. Ihren Beitrag für das Gemeinwohl kann man gar nicht hoch genug würdigen. Vielen Dank an alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich, um anderen zu helfen – nicht selten riskieren sie bei Einsätzen auch die eigene Gesundheit. Umso wütender macht es uns, wenn Einsatzkräfte gepöbeln, angegriffen oder an ihrer Arbeit gehindert werden.

Verharmlosung des Holocaust durch Tragen von gelbem „Ungeimpft“-Stern konsequent unterbinden

In den vergangenen Wochen kam es in einigen niedersächsischen Städten vermehrt zu – größtenteils unangemeldeten – Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Immer wieder fallen dabei Personen auf, die einen sechseckigen, gelben Stern mit der Aufschrift „Ungeimpft“ auf der Jacke tragen.

Wer mit Symbolen oder Formulierungen die heutigen Maßnahmen mit der NS-Schreckensherrschaft gleichsetzt, hat jedes Maß verloren. Wer in unserer Demokratie Begriffe wie ‚Impf-Diktatur‘ skandiert und auf einen stilisierten Davidstern zurückgreift, sollte seinen Holzweg von alleine erkennen.

Alle Ordnungsbehörden, von der Polizei bis zum Ordnungsamt, haben unsere vollste Unterstützung, bei solchen Verharmlosungen sofort einzugreifen. Solche Grenzüberschreitungen sind eine Ohrfeige für die Holocaust-Überlebenden. Aber auch für alle, die sich aktiv in die Erinnerungsarbeit einbringen. Ihnen gilt unser ausdrücklicher Dank.

Es ist wichtig, dass von den Staatsanwaltschaften in Niedersachsen in jedem Fall der Anfangsverdacht der Volksverhetzung angenommen und entsprechend ermittelt wird. Die Einschätzung der Justizministerin und der Generalstaatsanwälte, dass diese Verhaltensweisen als Volksverhetzung verfolgt werden können, ist daher folgerichtig. Die Straftaten müssen aus unserer Sicht zeitnah ermittelt, verhandelt und sanktioniert werden.



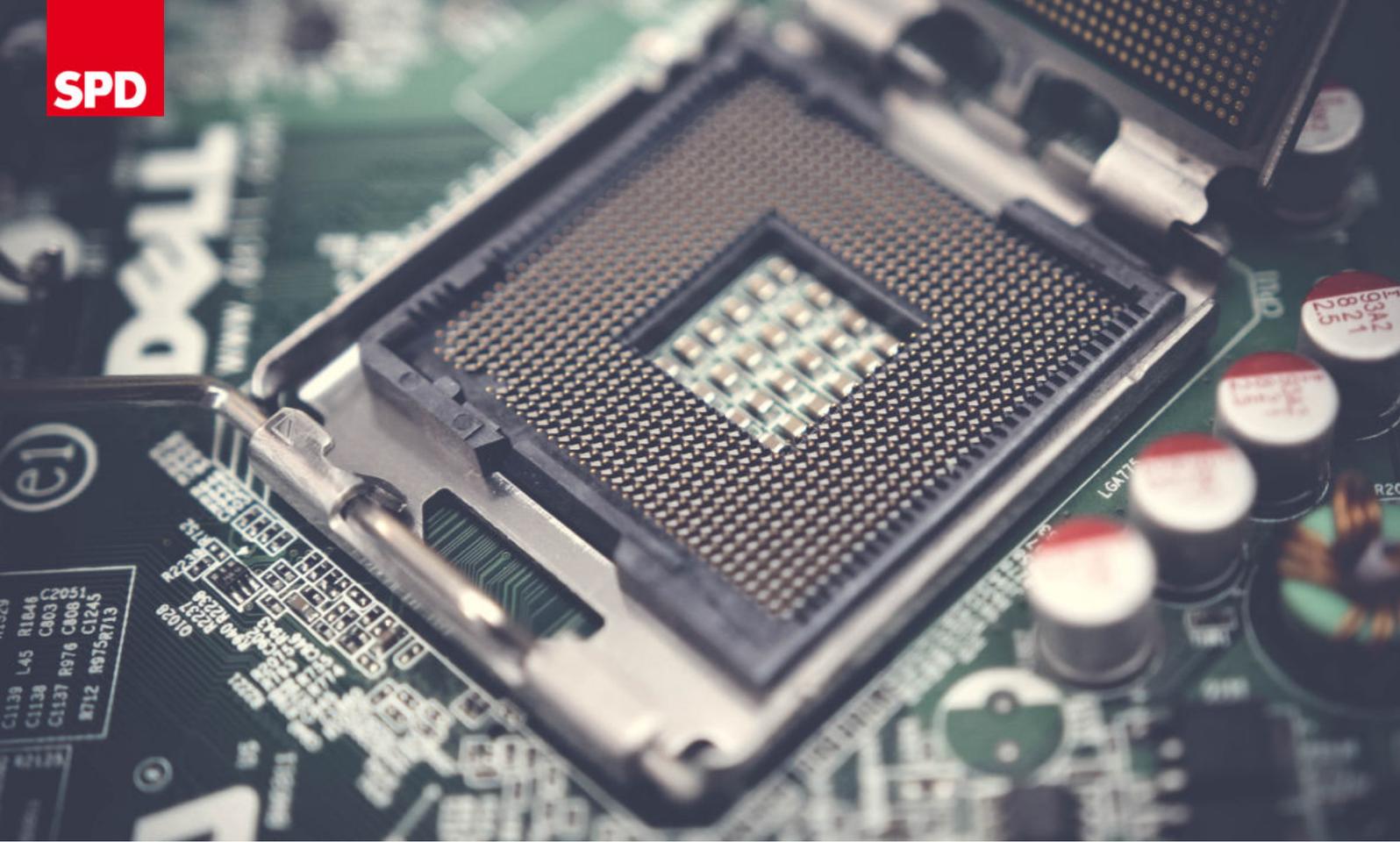
Verlängerung der Kurzarbeit-Regelung wichtige Unterstützung für Arbeitnehmende

Veranstaltungen müssen abgesagt werden, Restaurants verzeichnen weniger Gäste, Lieferengpässe sorgen für Produktionsausfälle – die Pandemie setzt auch nach fast zwei Jahren zahlreiche Branchen weiter unter Druck. Eines der wirksamsten Mittel zum Erhalt von Millionen Arbeitsplätzen ist die Kurzarbeit. Hubertus Heil will daher die Sonderregelung für den erleichterten Zugang über den März 2022 hinaus um drei Monate verlängern. Das Kurzarbeitergeld ist ein sozial- und wirtschaftspolitisches Erfolgsmodell. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer behalten ihren Job, Unternehmen sichern sich ihre Fachkräfte.

Allein in Niedersachsen haben seit März 2020 rund 118.600 Unternehmen für 1,6 Millionen Beschäftigte Kurzarbeit angezeigt. Viele Betriebe sind aber noch nicht an diesem Punkt angelangt, zuletzt sind die Zahlen durch die Omikron-Welle sogar wieder gestiegen.

Das Kurzarbeitergeld bleibt also eine wichtige Hilfe zur weiteren Überbrückung, so der SPD-Wirtschaftsexperte: Deswegen ist der Vorschlag von Hubertus Heil richtig, die maximale Bezugsdauer von 24 auf 28 Monate auszuweiten. Durch die Verlängerung der Sonderregelungen bei der Kurzarbeit ist der Arbeitsmarkt für Herausforderungen der nächsten Wochen gut aufgestellt. Andernfalls würde uns ab April auf den letzten Metern doch noch eine Entlassungswelle bei bereit kurzarbeitenden Betrieben drohen.

Die aktuelle Sonderregelung für den erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld läuft regulär zum 31. März 2022 aus.



Europäischer Ausbau der Chipherstellung von strategischer Bedeutung für Niedersachsen

Autos, Handys, Spielekonsolen – kaum ein technisches Gerät kommt heute ohne Chips aus. Momentan spüren Verbraucherinnen und Verbraucher, wie essenziell Halbleiter und wie fragil ihre Lieferketten sind. Wegen globaler Engpässe müssen Käuferinnen und Käufer zum Teil monatelang auf Produkte warten. Nicht nur in Niedersachsen bleiben tausende Neuwagen stehen, weil die technischen Bauteile fehlen. Ganze Wirtschaftszweige sind ausgebremst.

Corona hat offengelegt, dass wir unsere Abhängigkeit vom globalen Warenstrom in solchen wichtigen Bereichen deutlich reduzieren müssen. Daher begrüße ich die Ankündigung der EU-Kommission sehr, die europäische Chip-Produktion innerhalb dieses Jahrzehnts vervierfachen zu wollen.

Insgesamt will die EU rund 30 Milliarden Euro in die Hand nehmen, um neue Produktionsstandorte aufzubauen. Das Geld soll zum Teil auch nach Deutschland fließen. Der Ausbau der heimischen Chipherstellung sichert die Versorgung der europäischen und damit auch der niedersächsischen Wirtschaft.

Beispielsweise befinden sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Volkswagen seit einem Jahr in Kurzarbeit. Die Chip-Lieferungen sind für uns als Industrie- und Autoland also von großer strategischer Bedeutung.



20 Jahre Atomausstieg – Endlagersuche fair und transparent gestalten

„Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität“ – unter diesem technischen Titel schrieb der Bundesrat am 1. Februar 2002 Geschichte. Vor 20 Jahren billigte die Ländervertretung den von der damaligen SPD-geführten Bundesregierung ausgehandelten Atomausstieg.

Die Entscheidung war historisch und weitsichtig. Atomkraft ist in der Gesamtbilanz teuer und gefährlich. Sie war nie eine Zukunftstechnologie, sondern ein falscher Weg. In diesem Jahr gehen die letzten Atomkraftwerke vom Netz. Damit haben wir den damals vorgesehenen Zeitplan erfüllt – trotz der zwischenzeitlichen Laufzeitverlängerung im Jahr 2010 durch die damalige schwarz-gelbe Koalition. Das ist eine tolle Leistung, auch im Sinne zukünftiger Generationen.

In Niedersachsen kennen wir die Folgen der Atomkraft sehr genau. Ihre hoch radioaktiven Hinterlassenschaften werden die Menschheit noch Jahrtausende beschäftigen. Die Suche nach einem Endlager ist auch 60 Jahren nach dem Bau des ersten AKW in Deutschland nicht abgeschlossen. Dieser Prozess muss fair und transparent im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern laufen, um am Ende eine möglichst hohe Akzeptanz der Entscheidung zu erreichen. Dafür setzen wir uns als Niedersächsischer Landtag ein!

HAVELSER STRASSE IN GARBSEN FÜR LANDESWEITES MODELL- PROJEKT "TEMPO 30" AUSGEWÄHLT

Nach einem längerem Auswahlprozess steht nun fest, die Havelser Straße zwischen dem Shopping-Plaza und der Walter-Koch-Straße ist eine von landesweit sechs Straßen, welche im Modellprojekt Tempo 30 ausgewählt worden ist. Im Rahmen des Modellprojektes soll an verschiedenen Standorten beobachtet und erhoben werden, wie sich Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen innerorts im Vergleich zu Tempo 50 auf den CO₂-Ausstoß, die Entwicklung des Verkehrslärms und die Verkehrssicherheit sowie auf den Verkehrsablauf auswirkt. Außerdem soll untersucht werden, wie die Geschwindigkeitsreduzierung in der Bevölkerung angenommen wird, wie die Auswirkungen auf den Fuß- und Radverkehr und auf den öffentlichen Personennahverkehr sind.

Im Vorfeld konnten sich alle niedersächsischen Kommunen bis Ende Januar 2018 für das Modellprojekt bewerben. Insgesamt 42 Kommunen haben sich daraufhin im Verkehrsministerium gemeldet, 18 Kommunen wurden zum weiteren Verfahren zugelassen. Anhand der vorliegenden Unterlagen hat ein unabhängiges Gutachterkonsortium die vorgeschlagenen Streckenabschnitte mit Blick auf den zu erwartenden Ergebniserfolg und die Repräsentativität untersucht und bewertet. Die Havelser Straße zwischen dem Shopping-Plaza und der Walter-Koch-Straße ist schlussendlich eine von sechs Straßen, welche landesweit im Modellprojekt ausgewählt worden ist.

Ich begrüße das Modellprojekt und freue mich sehr, dass Garbsen mit der Havelser Straße schlussendlich an der landesweiten Testphase teilnehmen kann. Es ist erfreulich, dass das CDU geführte Ministerium hier nicht mehr auf die Bremse tritt und wir im Bereich der Havelser Straße nun dazu beitragen können wichtige Erkenntnisse zu Verkehrssicherheit sowie Lärm- und Emissionsbelastung sammeln können.

SPD-LANDESREGIERUNG FÖRDERT ÖPNV IN GARBSSEN UND DER WEDERMARK

Die SPD-geführte Landesregierung wird im Jahr 2022 Fördermittel in Höhe von insgesamt 105,8 Millionen Euro für Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bereitstellen. Dies ist ein gutes Signal. Wir wollen den ÖPNV in Niedersachsen weiter ausbauen und attraktiv gestalten. Die Mittel des Landes werden von den Kommunen auf ein Samtvolumen von rund 268 Millionen Euro aufgestockt, mit denen insgesamt 205 Projekte für einen besseren Nahverkehr realisiert werden. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen wir die Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land spürbar verbessern – egal ob im ländlichen Raum oder in den Großstädten. Zu den im Rahmen des Niedersächsischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (NGVFG) geförderten Projekten gehören neben 41 straßengebundenen ÖPNV-Projekten, wie beispielsweise der Bau von Straßenbahn- und Busbetriebshöfen. Daneben werden 891 Bushaltestellen auf den neusten Stand gebracht und barrierefrei gestaltet.

In der Gemeinde Wedemark profitieren wir im Rahmen des Programms von der Förderzusage für die Erweiterung der Bike+Ride-Anlage am Bahnhof Elze/Bennemühlen sowie der Erweiterung der Bike+Ride-Anlage am Bahnhof in Bissendorf. In der Stadt Garbsen profitieren wir im Rahmen des Programms von der Förderzusage für die Grunderneuerung und den Neubau von acht Haltestellen im Stadtgebiet sowie dem Neubau von drei Haltestellen in Berenbostel. Darüber hinaus wird die SPD-geführte Landesregierung im ersten Quartal mit weiteren 27 Millionen Euro die Beschaffung von insgesamt 219 Omnibussen in Niedersachsen fördern: Damit setzen wir den konsequenten Kurs fort, den wir bereits mit dem Busbeschaffungsprogramm im Jahr 2015 unter der damaligen rot-grünen Koalition eingeschlagen haben. Insbesondere freut es mich, dass wir immer mehr Busse mit alternativen Antrieben im Einsatz haben. Hierdurch leisten wir einen wichtigen Beitrag für den Umwelt- und Klimaschutz.

WWW.RUEDIGER-KAUROFF.DE

KAUROFF

VERANTWORTLICHER IM SINNE DES PRESSERECHTS:

RÜDIGER KAUROFF

LAYOUT:

JAN HARTGE

REDAKTION:

JAN HARTGE, ALEXANDER VOGEL

Kontakt

Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
0511 - 1674 348
buero@kauroff-spd.de

Weiteres

www.ruediger-kauroff.de
facebook.com/ruedigerkauroff
instagram.com/ruediger.kauroff

VERWENDETE FOTOS: CANVA